

Bezugspreise:
Die Halle monatlich bei zweimonatlicher
Vorauszahlung 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk.,
ausf. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Rich-
tungspunkten angenommen. Im
sonstigen Zeitungsverhältnis unter
Einschaltung eingetragener. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Hochdruck mit der
Quellenangabe, Einzelzeitung ge-
stellt. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418
u. 1411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Volks-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 1. Spalte 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Retouren
die 92 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nahmen an
unserer Geschäftsstelle an. Familien-
Anzeigengebühren. Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Be-
schaffungsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 11. Gr. Druckhaus 17.
Aben-Geschäftsstellen: Große
Ulrichstraße 52 und Markt 24.
Postfach-Rote Leipzig Nr. 4604.

Nr. 302.

Halle, Donnerstag, den 1. Juli 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Der Reichswirtschaftsrat.

Das erste deutsche Wirtschaftsparlament, der „vorläufige Reichswirtschaftsrat“, ist gestern in Berlin zu einer Eröffnungssitzung zusammengetreten. Der Name sagt schon, daß es sich um ein provisorisches Gebilde, eine in ihrer Lebensdauer (übrigens auch in ihren Befugnissen) von vornherein beschränkte Körperschaft handelt, die das spätere endgültige und vollberechtigte Wirtschaftsparlament vorbereiten und zugleich für eine gewisse Frist ersetzen soll. Das Provisorium ist schon deshalb nötig, weil der organische Aufbau der wirtschaftlichen Mätkerorganisation, den die Verfassung vorschreibt, noch fehlt; es ist nur das Dach da — der Reichswirtschaftsrat — und allenfalls (wenn man die Betriebsräte als solches anerkennen will) das Fundament. Die unterschiedlichen Mittelglieder — die regionalen oder fachlichen Vertretungen aller am wirtschaftlichen Schaffensprozesse Beteiligten — will man erst später einziehen. Im übrigen wird sich zweifellos herausstellen, daß die Betriebsräte in ihrer gegenwärtigen Gestalt und Zweckbestimmung sich nicht zur Basis eines universellen und produktiven Wirtschaftsparlamentes eignen, weil sie weniger auf das lockere Zusammenwirken mit Unternehmern und Betriebsleitern zur Förderung der Produktion eingestellt sind, als auf den Kampf für die besonderen Klassen-, Standes- und Berufsinteressen der Arbeitnehmer.

Da also ein regelrechter, systematischer Unterbau nicht vorhanden ist, mußte man das Wirtschaftsparlament in der Fülle der gegebenen öffentlich-rechtlichen und freien Organisationen aller ökonomischen und sozialen Gruppen wurzeln lassen. Aus Delegationen dieser Organisationen ist die Mitgliederhaft des Reichswirtschaftsrats zum größten Teile hervorgegangen; daneben hat ebenfalls der Reichstag und hat das Kabinett eine kleine Anzahl von Abgeordneten ernannt. Die Notwendigkeit, alle Organisationen von anerkannter und einigermaßen zentraler Bedeutung zu berücksichtigen, hat zu einem ziemlich erheblichen Umfange des Reichswirtschaftsrates geführt, der dem des Reichstages nicht allzusehr nachsteht. Das Nebenbedürfnis dieser Delegiertenmasse kann zu einer Gefahr für die positive Leistung des Reichswirtschaftsrates werden. Zwar soll der vernünftige Verstand gestiftet worden sein, das Neben möglichst wenig tagen zu lassen und den Hauptteil der Arbeit in die Ausschüsse zu verlegen. Aber da sich die Mitgliederhaft des Reichswirtschaftsrates in viel höherem Grade als die des Reichstages aus rebequ两岸ten Herren zusammensetzt — das Gros bilden ja die Emdeiler der Verbände und die Sekretäre der Gewerkschaften — ist es noch zweifelhaft, ob sich dieser gesunde Grundgedanke auf die Dauer aufrechterhalten lassen wird — es sei denn bei entsprechender Verbreiterung der Basis und der Rekonstruktion der Kommissionen.

Das Ueberwiegende der berufsmäßigen Interessensvertreter — eine bei der Methode, nach der die Berufung der Mitglieder des Reichswirtschaftsrates erfolgte, ganz unvermeidliche Erscheinung — bringt noch eine weitere Gefahr mit sich. Die Interessensvertreter werden sehr starke Hemmungen zu überwinden haben, ehe sie dazu kommen, die großen Fragen des Aufbaus nicht in erster Linie interessenswirtschaftlich, vom Sonderstandpunkte der Gruppe, die sie berufsmäßig vertreten, zu betrachten, sondern universal, gemeinwirtschaftlich; vom Standpunkte des größten Nutzens des Ganzen. Die Umstellung des Denkens und der Anschauungsweise, die von ihnen gefordert wird, und um des schärfsten Aufbaus unserer Wirtschaft willen von ihnen gefordert werden muß, ist so groß, daß sie nicht leicht und nicht ohne sehr starke innere Widerstände werden vollziehen können. Die Möglichkeit liegt leider nicht fern, daß an der Trübne des Wirtschaftsparlamentes in erweiternder Breite unfruchtbar und kleinliche Interessentkämpfe ausgefochten werden, und daß der Reichswirtschaftsrat sich in den Augen der breiteren Öffentlichkeit als Disfunktionsklub oder als „Halle der Mätkerorganisationen“ bereits in Mißkredit gebracht hat, ehe er noch ein gewisses Maß reichlich produktiver Leistung aufzuweisen vermag.

Es ist dringend zu wünschen, daß es den führenden Köpfen des Reichswirtschaftsrats und es gibt in dieser Körperschaft zweifellos etliche Persönlichkeiten mit ausgeprägter wirtschaftlicher Führerbegabung) gelingen möge, diese Klippen zu umschiffen. Denn die Bedeutung des Wirtschaftsparlamentesgedankens für den Wiederaufbau kann gar nicht überhöht werden. Wir brauchen ein von Parteibedenken und von politischen Kompromissrücksichten freies Gremium von Fachkennern, das eine rein sachliche Wirtschaftspolitik zu treiben vermag, eine Wirtschaftspolitik freiwillig, die sich — und hier liegt die Schlüsselfrage des Wirtschaftsparlamentes — hoch über die beschränkte Interessenspolitik der kleinen Geschäftsleute und der kleinen Mittel erheben muß.

Doch ein Vertrauensvotum für die Regierung?

Berlin, 30. Juni. (Eigene Meldung.) Während am gestrigen Tage der Wortlaut für die bevorstehende und spätestens in der Freitagssitzung zur Verlesung kommende Erklärung der Parteien der Regierung gegenüber herartig formuliert war, daß es für alle Parteien annehmbar erachtet, indem im Hinblick auf die Verhandlungen in Spa der Regierung gewisse Maßnahmen die Möglichkeit ihres Bestehens garantiert werden sollte, ist heute, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, der gestrige Wortlaut wieder umgeändert worden und hat eine Fassung erhalten, die in ihrer Wirkung weit über die gestrige hinausgeht und bedeutend mehr für die Regierung darstellt, als nur eine Vollmacht für Spa. Die neue Erklärung wird besonders von demkatholischer Seite als ein verlässliches Vertrauensvotum angesehen, so daß sie der Mehrheit der Partei als unannehmbar erachtet. Infolgedessen wird bei der voraussichtlichen Donnerstag-, spätestens aber Freitag erfolgenden Abstimmung die Deutschnationalen Volkspartei geschlossen gegen die Erklärung stimmen. Ferner verlautet, daß die Verlegung des Reichstages spätestens am Freitag erfolgt, da Fehrenbach und Simons sich Ende der Woche nach Spa begeben werden.

Interpellationen im Reichstage.

Die Abgeordneten Dr. Stresemann, Erlenz und Trimborn haben unterm 28. Juni folgende Interpellation an die Reichsregierung gerichtet:
In weiten Teilen Deutschlands, insbesondere im rheinisch-westfälischen Industriegebiet macht die Brotverknappung große Schwierigkeiten.
Die gelieferten Brotmengen bestehen zum überwiegenden Teil aus Ersatzstoffen, wie Weizenmehl, Weizenmehl u. d. d. Die Zustände dauern schon monatelang. Sie können in kurzer Zeit schwerwiegende Folgen haben.
Welche Maßnahmen will die Regierung treffen, um die Brotverknappung zu beheben?

Die Abgeordneten Winnefeld, Adams und Dr. M. J. haben am 25. Juni folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet: In den letzten Tagen ist im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in der Brotverknappung ein fühlbarer Mangel eingetreten. Einige Kommunalverbände waren nicht in der Lage, die zuständige Brotmenge zu liefern. Die Bevölkerung leidet in Folge der Mangelzustände. Andererseits besteht die Gefahr, wenn die Arbeiterkraft mangelhaft erndet wird, daß die Kleinrentenförderung ungenügend besichert wird. Wie fragen die Reichsregierung, ob sie in der Lage und bereit ist, diejenigen Maßnahmen für den Westen sofort sicherzustellen, die erforderlich sind, um eine geregelte Ernährung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet herbeizuführen zu können.
Wir begnügen uns mit einer schriftlichen Antwort.

Die Stimmung im Ruhrrevier.

Die Koalitionsparteien haben im Reichstage eine Interpellation eingebracht, die sich mit der durch die Lebensmittelteuerung im Ruhrgebiet geschaffenen Lage befaßt. Was für das Reich im allgemeinen gilt, trifft in besonderer Schärfe für das rheinisch-westfälische Industriegebiet zu. Nachdringliche Erörterung der Bevölkerung infolge der sich jetzt fühlbar machenden Steuererhöhung und der durch Ruhrspeculation abnorm gestiegenen Lebensmittelpreise. Wie uns hierzu aus dem Ruhrgebiet mitgeteilt wird, sind die Preise für Gemüse und Obst, trotz der guten Ernte, fesselhaft gestiegen. Infolgedessen ist die Arbeiterkraft, besonders auch mit Rücksicht auf den zehnjährigen Lohnrückgang und die Ablehnung weiterer Lohnsteigerungen, den agitatorischen Vorträgen zugänglich geworden. Hinzu kommt, daß am 1. Juli wieder Wieten und Versicherungen fällig werden. So ist es nicht verwunderlich, daß bereits wieder Teilstreiks ausbrechen sind, wie beispielsweise in Düsseldorf und Essen, wo durch den Ausfall der städtischen Arbeiter großer Schaden entstanden ist. Die Bewegung geht von den Gewerkschaften aus, die, mit dem Ausfall der Wieten nachzuziehen, die allgemeine Abstimmung agitatorisch nach Krüften ausnützen. Das geht sogar soweit, daß auf den Forderungen und Worten der Betriebsräte Schwierigkeiten gemacht werden, die zu einer Verstärkung des Tones führen und drüben geföhrt haben. Die Lage hat sich inzwischen so zuspitzt, daß die Zeitfreiwilligen und die technische Nothilfe bereit gehalten werden. Ein übriges zur Erbitterung der Stimmung im Lager der Arbeiterkraft und der Angestellten hat der Steuerabzug bewirkt, der deshalb als besonders lästig empfunden wird, weil er sich auf die Möglichkeit einer genauen Kontrolle der Bezüge aufbauen kann, während die eigentlichen Kapitalisten, die Kriegsgewinnler, nach ihrer Auffassung durch Verkauf von Säulen, Grundstücken, von Reittieren, durch Einkünfte verleiern und sich vor den Steuern drücken könnten. Fernunterwürdigungen ist die Arbeiterkraft im allgemeinen wenig zugänglich; wenn man ihnen das Bedürfnis des Staates und der Gemeinden nach Deckung der Schulden entgegenhält, erwidern sie, man solle erst die heranziehen, die über mobile Kapitalien verfügen. So zeichnet sich unersennbar der Zug in's Bolschewistische ab. Die Arbeiter empören sich aber auch gegen den Versailles Vertrag, wenn sie sagen, es siele ihnen nicht ein, trotz aller Arbeit zu hungern und in Lumpen zu gehen, nun damit Frankreich die Wieten schänden läßt. Während die Aufständischen bereits auch darüber, daß Frankreich vorab mit den belgischen Kohlen aus den ergebnislosen Gruben verlorzt wird, wähen die deutschen Arbeiter in den Fabriken wegen Kohlen-

mangel feiern müssen, trotz der, allein den Franzosen zu gute kommenden, Ueberlieferungen der Bergleute. Die Arbeiter erklären deshalb, nicht mehr mitmachen zu wollen, wenn die Entente auf ihren unerfüllbaren Forderungen beharrt. Das ist die Stimmung im Ruhrrevier, die erkennen läßt, daß die verberbliche Wirkung des Versailles Friedens im Ruhrrevier mit der kommunistischen Agitation eine neue Seite von Reaktionen für den Sozialen Reich heraus beschwören. Nur eine Kontinuität der Regierung seitens der Entente, die Frankreich im Jaume halten muß, wird es ermöglichen, daß ein wirtschaftliches gegebendes Deutschland die Bedingungen eines Friedens, bei dem alle noch lebenden Staaten zu ihrem Rechte kommen, erfüllen kann.

Gegen Lebensmittelnot und Teuerung.

Bei dem im Kreise Belgard ausgebrochenen Landarbeiterstreik kam es Dienstag abend in Groß-Indow zu schweren Ausschreitungen, bei denen der deutschnationalen Parteisekretär Passagier schwer verletzt wurde. Eine Schwadron der Belgardler Husaren ist inzwischen nach Groß-Indow abgerückt.
In Raffel wurden am Dienstag Demonstrationen von Arbeitslosen veranstaltet. Etwa 8000 Arbeitslose zogen zum Rathaus und forderten eine Lebensmittelverteilung. Eine Kommission wurde vom Oberbürgermeister empfangen. Seitens der Stadtverwaltung wurde eine Herabsetzung der Preise in Aussicht gestellt. Zu Unruhen kam es nicht.
Auf dem Lande in Bageren, insbesondere bei den Kommunalverbänden, tritt eine große Erörterung gegen die Erhöhung der Reichs-, Kreis- und Buderpreise hervor. So veranstalteten die Bürger, Bauern und Arbeiter in Troßberg am 30. Juni eine Massenversammlung, in der insbesondere ein scharfes Wort gegen die Wucherer und Schleichhändler verlangt wurde, sogar die Erziehung eines Galgens für sie. Mehrliche Nachrichten kommen auch aus Kolenheim, Kempen, Traunstein u. s. w.

Gegen den Kirchschwund teilt die Kreispreisführerstelle Groß-Berlin mit, daß die Groß- und Kleinhandlung dringend erludt werden, alles zu tun, was zu einer Senkung der jetzigen Preise für Obst und Gemüse beitragen geteignet ist. Auch das Substitut werden dringend gebeten, unberechtigte Preise abzuhaken und namentlich nicht durch hohe Angebote die Preise unnötig zu steigern.
Die Düsseldorfblätter melden neue Waffenfunde im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die auf erneuerte Vorbereitungen revolutionärer Aktionen schließen lassen. Namentlich in der Gegend von Lennep hat die grüne Polizei mehrere Waffenlager aufgefunden. Eines enthielt drei Maschinengewehre, 70 Handaratenen, Hunderte von Gewehren und 30 000 Schuß Munition. Das Material wurde beschlagnahmt.

Am Mittwoch abend eine Verammlung aller Betriebsräte Münchens statt über Stellungnahme zum Generalkstreik. Tags zuvor hatten die revolutionären Betriebsräte getagt. Die Mehrheit war nicht für den Generalkstreik. Es kam zu keiner einheitlichen Stellungnahme.

Die Maßregelung in Marburg.

Marburg, 30. Juni. Der Offizierskorpsretter Dalheim in Marburger Reichswirtschaftsbataillon ist durch den Kommandeur Major Freiherr v. Spant zu Schwemsberg seines Dienstes entbunden worden, weil er mit politisch linksstehenden Elementen in Fühlung lebend, wiederholt gegen das Offizierskorps Stellung genommen habe, und weil wegen seines Verhaltens im Marburger Studentenprozeß ein Teil des Unteroffizierskorps seine Entlassung fordere. Das sind die formalen Gründe. Tatsächlich handelt es sich um ein weiteres Beispiel der planmäßigen Ausmerzungen bezugsgegenstruere Revolutionäre. Dalheim war seinem Vorgesetzten ein Dorn im Auge, seitdem bekannt geworden war, daß er mit dem Abgeordneten Schäding Beziehungen pflegte. Während des Kampfes kam er an der Spitze des unbedingten verfassungstreuen Teiles des Bataillons, das von dem mindestens verdächtigen Offizierskorps eine unzeitweilige Erklärung verlangte. Diese Erklärung blieb aus. Studenten, die während der kritischen Wurzstage die Ausrufe Rapps in der Universität verkindeten, wurden vom Reichswirtschaftsbataillon als Zeitfreiwillige in die wichtigsten Vertrauensstellungen berufen. Dalheim bemühte sich weiterhin nach den Schürzen-Arbeiterentfaltungen im Interesse des Reichswirtschaftsbataillons, dem man zuerst die Entlassung des Schäding wollte. Eine rücksichtslose Klärung der Angelegenheit durch Nachhaftmachung wichtiger Zeugen herbeizuführen. Für alles das und schließlich für seine Zeugenaussage im Studentenprozeß hat Dalheim teile die Leutnung erhalten. In weiten Kreisen der Marburger Bevölkerung wird diese rein politische Maßregelung eines verfassungstreuen Wehrangehörigen als eine Verhöhnung der Republik empfunden. In einer zweiten Verhandlung werden die militärischen Zeugen noch mehr eingehändelt sein als das erste Mal. Da sich zwar auch drohend neben dem Kläristisch aufplanzt der Kommandeur während der Zeugenebenehmungen. Dies aber wird er in einer zweiten Verhandlung sich sparen können. Die Maßregelung des Offizierskorpsretters Dalheim warnt deutlich genug, was jedem droht, der gegen die Studenten von Mätkerhaft absteht.

Unerbeter polnischer Terror.

Berlin, 1. Juli. Aus angeblich zuverlässiger Quelle wird verschiedenen Wätkern mitgeteilt, daß die Lage der Deutschen im Söbauer Gebiete der Ostmark unter dem

polnischen Terror von Tag zu Tag verzweifelter werde. Die durch die allgemeine Einziehung herbeigeführte Furcht der Militärpflichtigen nehme täglich größeren Umfang an. Die Polen verjuchten mit den stärksten Maßnahmen die Abwanderung zu verhindern. In der Grenze seien Maschinen mehr aufgestellt, deren Bedienung der Befehl erteilt wurde, alle Flüchtlinge niederzuschleßen.

Wie die Polen die Abstimmung zu verhindern versuchen.

Nach Ermittlung eines in Neupolen ansehnlichen Vertrauensmannes des „Deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Anstaltsangelegenheiten“ sind die Anordnungen der deutschen Stimmberechtigten aus Polen zur Abstimmung richtig in die Hand der Wahlkommission in Ost- und Westpreußen gelangt. Von dort sind auch die Abstimmungsanträge richtig abgeholt worden. Aber nur ein Fünftel ist in die Hände der Stimmberechtigten gelangt. Die übrigen vier Fünftel sind zum größten Teil schon an der Grenze, sonst bei der letzten Poststation beschlagnahmt worden. Die Deutschen in Polen, die auf Grund von Abstimmungsanträgen bei den polnischen Poststellen einen Paß nachsuchen, wurden unter Ausschluß der Post gelassen. Die Poststellen verlangten meist einen besonderen Ausweis der internationalen Kommission. Wenn auch dieser beigebracht wurde, so wurden die Deutschen abermals unter dem Vorwand hingebracht, daß erst Erkundigungen über sie bei den örtlichen Polizeibehörden eingezogen werden müßten. Es wird also nur ein winziger Bruchteil der zahlreichen stimmberechtigten Deutschen, die in Polen leben, an den Abstimmungen teilnehmen können.

Polnische Bestätigung der Deutschen-Erziehungen in Thorn.
Berlin, 30. Juni. (Eigene Meldung.) Auch polnische Zeitungen beschäftigen sich mit den deutschen Staatsangehörigen in Thorn. Als Grund der Verhaftungen und des Urteils wird von ihnen angegeben, daß ein in Graudenz zur Verhaftung gelangtes Material, das von allen politischen Parteien unterzeichnet war, in harter Weise gegen das Polentum in Ostpreußen Stellung nahm. Daraufhin seien etwa 30 Mitglieder der beiden deutschen Parteien am 2. Mai verhaftet und nach Thorn geschickt worden. Am 25. Mai wurden 17 dann handreichlich erschollen, die übrigen zum Teil nach Königspreußen abtransportiert.

Der preussische Minister des Innern an den Reichsminister des Äußeren.

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Hintermeldungen hat der preussische Minister des Innern an den Reichsminister des Äußeren eine Eingabe gerichtet, in der er gegen die Auflösung der Sicherheitspolizei starken Protest erhebt. Es heißt darin, daß die neue Forderung der Sicherheit, die die innere Organisation der Ordnungspolizei betreffe, einen unerhörten Eingriff in die Sicherheitsrechte der einzelnen Länder darstelle, zu dem aus dem Friedensvertrag keinerlei Berechtigung vorliege. Die Sicherheitspolizei stelle, nachdem die preussische Regierung nach Beendigung des Krieges eine Umformung der staatlichen Polizei vorgenommen und unter Trennung der Aufgaben der Polizei eine Scheidung in Sicherheits- und Ordnungspolizei vollzogen habe, somit keine Neubildung, sondern lediglich eine Umformung bzw. eine Aufgabentrennung in der bestehenden Polizei dar. Die Sicherheitspolizei, die die letzte Stütze des Staates und der Verfassung und den Fort der Ruhe und Ordnung des Landes bilde, müsse bestehen bleiben, so wie mehr, als die Einwohnerrechte in Preußen durch Erlaß vom 12. April aufgehoben seien. Würde die Organisation der Polizei durch andere Eingriffe gestört, so würde es dem Staate niemals gelingen, die noch in weiten Kreisen bestehende Arbeiterkraft bestmöglichst zu beschäftigen, andererseits eine Eingabe und Ordnung der noch vorhandenen Einwohnerrechte durchzuführen und ein ständiger Bürgerkrieg würde die Folge sein.

Nach einer weiteren Meldung seien beim preussischen Minister des Innern täglich Hilfsangebote und Anträge auf Ueberweisung von Sicherheitspolizei in der Alexandernden Form aus allen Teilen des preussischen Staates ein. Insbesondere die Städte und

Gemeinden des rheinisch-westfälischen Industriegebietes fühlten sich den Hilfsangeboten an und versicherten, daß die Uebernahme dieser Aufgabe die größte Aufgabe in diesen Gebieten nach sich ziehen würde. Gleiche Wünsche nach Unterstützung durch Sicherheitspolizei liegen vor aus dem mitteldeutschen Industriegebiet sowie aus Ostpreußen, Schlesien und Ostschlesien.

Kamerun in französischem Besitz.

Paris, 30. Juni. In der Finanzkommission der Kammer erklärte gestern der Kolonialminister Sarraut auf eine Anfrage, die Regierung habe das Mandat über Kamerun in eine Annexion zu verandern.

Zum Schutz des gewerblichen Eigentums.

Bern, 30. Juni. Heute wurde im Bundeshaushalt durch die Bevollmächtigten von neun Verbandsstaaten der internationalen Union zum Schutze des gewerblichen Eigentums, nämlich Deutschland, Frankreich, Niederlande, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Tunis ein Abkommen unterzeichnet, das die Wahrung und die Wiederherstellung der von dem Kriege in Mitleidenschaft gezogenen Rechte (Patent, Marken, Markenrechte) zum Zweck hat.

Die bolschewistische Weltpropaganda.

Paris, 29. Juni. Nach dem „Echo de Paris“ soll Lenin für eine Ausübung der Rätereipublik mit den Sozialisten der Weststaaten folgende Bedingungen aufgestellt haben:
1. Anschluß an die Moskauer Internationale und Aufgabe jeglicher Propaganda zugunsten der vierten Internationale, in der die Strömungen der 2. und 3. Internationale aufgehen sollen.
2. Anerkennung des Rechts der Bolschewisten, ihre Weltpropaganda fortzusetzen und Abgabe des Versprechens, die revolutionäre Aktion zu unterstützen, die sich daraus ergeben könnte.

Die internationale Finanzwirtschaft.

In dem „Internationalen Volkswirt“ finden wir einen sehr bedächtigsten Aufsatz über die poln. Finanzwirtschaft, dem wir folgendes entnehmen:

„In dem poln. Finanzbericht für die Zeit vom 1. Juli 1919 bis 31. März 1920, in welchem Polen nicht mit einbezogen ist, da es kein Finanzwesen vorläufig besonders führt, betragen die Ausgaben 14.83 Milliarden Mark, denen ein Einnahmen von 2,75 Milliarden Mark gegenübersteht, so daß sich ein Defizit von 12,07 Milliarden Mark ergibt. Für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1920 werden die Ausgaben auf 15,2 Milliarden Mark, die Einnahmen auf 3 Milliarden Mark berechnet, so daß also ein Defizit von 11,9 Milliarden Mark herauskommt. Rügt man noch das Defizit für die Zeit vom 1. 1. 1918 bis 30. 6. 1919 hinzu, so auf mindestens 6 Milliarden Mark zu veranschlagen ist, so würde sich ein ganzes ordentliches Defizit von 30,2 Milliarden Mark ergeben. Zu diesem Defizit aus dem ordentlichen Voranschlag kommt aber noch ein außerordentliches Defizit von 32,7 Milliarden Mark. So daß seit Errichtung des poln. Staates von 1. 1. 1918 bis 31. 12. 1920 also in einem Zeitraum von etwa 2 1/2 Jahren, eine Summe von 68 Milliarden Mark aufgeschuldet worden ist, d. h. pro Monat von durchschnittlich 2 1/2 Milliarden Mark. In diesem Defizit liegt aber nicht die Abzahlung der ausländischen Schulden, die von der neuen poln. Regierung aufgenommen worden sind, deren Höhe sich auf 2 Milliarden franz. Franken und 1 Milliarden Schweizer Franken beläuft, sondern die Kriegsschulden der Alliierten, die Polen im Verhältnis zu diesen Schulden nicht allen beträchtliche und werden insgesamt höchstens auf 5,6 Milliarden Mark zu schätzen sein, da ja die gesamte russische Staatsschuld sich Ende 1918 auf etwa 9 Milliarden Rubel stellte. Die Ausgaben für das Kriegsministerium, d. h. also für Seeressourcen, erfordern in Polen rund 50 Prozent der gesamten Ausgaben, während das Finanzministerium bei 1,5 Milliarden Mark Einnahmen 1,95 Milliarden Mark Ausgaben, das Eisenbahnministerium bei 600 Millionen Mark Einnahmen 1,2 Milliarden Ausgaben, das Ministerium für öffentliche Arbeiten bei 320 Millionen Mark Einnahmen 1,19 Milliarden Mark Ausgaben aufweist.“
Diese Zahlen sprechen für sich selbst; sie dürften geeignet sein, auch dem größten Optimisten und Polenfreunde zu denken zu geben.

Großden fliegen aus den Fenstern in den Hof, in Zeitungspapier und Padpapier gewickelt, in Streichholzschachteln. Die drei Knaben hängen sich auf die Gaben und überreichen sie stolz dem Dreihörgelmann, der mit der linken Hand hübsch und mit der Rechten den Großden eindeckt. Auch hübsch, wenig Schöne werden ihm hinuntergeworfen, ja und drei Großden auf einmal.

Der Leierkastenmann trägt eine alte Soldatenmütze und einen offenen Soldatenrock, ein durchaus nicht einwandfreies Hemd bedeckt die Brust. Der Schirm der Mütze beschattet die Augen, die halb geschlossen sind. Gelbe Bartstoppeln auf dem Kinn und auf den Wangen. Ist der Mann 30 Jahre alt, 40, 50? Er dreht, ohne aufzuheben. Die Miene verriet kein Leben. Die leicht bevorstehenden Wadenknöchelchen machen einen milden Eindruck. Ein ehemaliger Neutrums, ein lebendes Neutrums.
Das Lied ist aus. Ein Druck am kleinen Knopf. Es gibt keine Pause.
Der Dreihörgelmann hat für jedermann etwas auf Lager.
Saben die Sentimentalen für den schönsten Platz auf Erden schwärmen dürfen, so dürfen sich die Lustigen jetzt auch zur Melodie

„Ganz ohne Weiber geht die Tote nicht, Die drei Jungen im Hof ziehen die Heinen Schützen.“
Die drei Jungen im Hof ziehen die Heinen Schützen

Deutsches Reich.

Der Verfassungsausschuss der Reichspresidenz-Sammlungen beriet am Mittwoch über die Frage, ob er das Staatsministerium ernennen soll. Der Verfassungsausschuss, der sich mit der Einlegung eines Staatsrats einverstanden erklärt hat, schlug vor, daß die Berufung des Staatspräsidenten und auf dessen Vorschlag die übrigen Staatsminister Aufgabe des Präsidenten des Staatsrats sein soll. Nach dem Entwurf der Regierung soll mit dieser Aufgabe der Präsident der Landesverammlung betraut werden. Gegen den Antrag des Verfassungsausschusses wandten sich in der Verfassungsausschuss die Sozialdemokraten, die sich für eine erste Kammer erklärten. Auch seitens einiger Vertreter der Demokratischen Partei wurde der Antrag heftig bekämpft. Es wurde u. a. angeregt, dem Landtagspräsidenten eine ähnliche Stellung einzuräumen, wie dem Sprecher im englischen Unterhaus, d. h. ihm zu erteilen, sich einer Fraktion anzuschließen und an den Abstimmungen des Hauses und seiner Ausschüsse teilzunehmen. Die Demokraten erklärten, daß, wenn der Präsident der Landesverammlung eine solche Stellung erhält, gegen die Berufung des Ministeriums durch ihn keine Bedenken mehr vorliegen. Im Gegensatz hierzu erklärten die Rechte und das Zentrum, daß sie unbedingt auf dem Antrag des Verfassungsausschusses bestehen. Insbesondere machte der Vertreter des Zentrums geltend, daß man den Provinzen große Rechte einzuräumen müsse und daß es deshalb unbedingt notwendig sei, ihren Vertretern ein Mitspracherecht bei der Ernennung der Regierung zu geben. Seitens eines Vertreters der Regierung wurde noch angeregt, das Ministerium wählen zu lassen durch einen Ausschuss, der sich aus einer gleichen Zahl von Mitgliedern des Landtags und des Staatsrats zusammensetzt und in dem der Präsident des Landtages den Vorsitz führt. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrages des Verfassungsausschusses und die Annahme der Regierungsvorlage mit der Veränderung, daß dem § 33 ein neuer Absatz angefügt wurde: Der Präsident darf sich keiner Fraktion anschließen und nimmt an den Abstimmungen des Hauses und seiner Ausschüsse nicht teil. — Die übrigen Beschlüsse sind belanglos. Der Verfassungsausschuss wird morgen seine Beratungen fortsetzen.

Empfang des päpstlichen Nuntius durch den Reichspräsidenten. Reichspräsident Ebert empfing den päpstlichen Nuntius Accellio zur letzten Audienz. Der Nuntius dankte dem Reichspräsidenten für die herzlichsten Wünsche für den Zustand und Ausdruck und sprach die Hoffnung aus, daß seine Berliner Tätigkeit sowohl dem Reich wie dem Vatikan Segen bringen möge. In diplomatischen Kreisen verlautet, daß der päpstliche Nuntius Accellio als Donon des diplomatischen Korps anzusehen sei, weil er als erster für Berlin bestimmten Vertreter der Nuntiatur offiziell sein Amt angetreten habe.

Der Aufsichtsrat der Großen Berliner Straßenbahn

besloß gestern, den Arbeitnehmer unter fester Bindung bis zum 1. Oktober Löhne nach den gegenwärtigen Sätzen und daneben eine monatliche Teuerungszulage von 100 Mark für Ledige, 150 Mark für Verheiratete und noch 40 Mark für Kinder zu gewähren. Nach Lage der Dinge wird nicht angenommen, daß es zu einem Streit kommt.

Ausland.

Frankreich und die österreichischen Vorkriegsschulden

Paris, 30. Juni. (Eig. Meldung.) Wie das „Nouvelles“ meldet, ist im Staatsrat für Finanzen ein diplomatisches Bureau über Paris ein Bericht über die Stellungnahme der französischen Regierungstreue bezüglich der österreichischen Vorkriegsschulden in Frankreich eingegangen. Dieser Bericht ist beratungswertig, daß die österreichischen Unterhändler, die sich nach dem Krieg in Wien über die Vorkriegsschulden nach Paris begaben wollten, diese Reise nicht antreten werden.

Eine hekrede Barthous.

Paris, 30. Juni. Nach Zeitungsangaben aus Prag hielt Herr Kaiser Solofsch bei der am Ende ehemalige französische Ministerpräsident Barthou eine Rede, in der er sagte, Tschechen und Franzosen hätten denselben Feind. Er lud fort, wir müßten uns bemühen, diesen Feind zu entfernen, damit er nie wieder gegen uns einen Angriff unternehmen kann. Das ist unter anderem das Interesse der gesamten Mittelländ.

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung, Freitag, den 3. Juli. Inhalt: Märchen von Peter von Schellitz, Tagesblätter. Verzeichnis der G. S. Z. — Die geheimnisvolle Romanit der Großküche. — Literatur.

Der Dreihörgelmann.

Von
Martin Faustwanger.

(Nachdruck verboten.)

Die Maschinen haben aufgehört zu rattern, die Börsen sind geschlossen. Keine Spur auf dem Wand zu. Ein lichter Sommertag. Keine Luft vor einem trübenden Hauch. Die Arbeit ist getan. Keiner hat Sorgen. Frieden. Ruhe. Wärme überall.
Dibelobum, dibelobum... Das unbedeutendste Singen der Dreihörgel... Der Dreihörgelmann ist im Hof.
Drumten spielen drei Knaben, das Schöne des pensionierten Rittmeisters, der Junge des reichlichen Kaufmanns aus der ersten Etage, von dem jedermann behauptet, er sei ein Schieber überster Sorte, und der wilde Junge des Hausmanns, von dem an den Fenstern sichtbar. Elegante Sie haben vor dem Dreihörgelmann mit offenem Mund und harten Lippen. So mögen zu Besetzten Goethes sein. Berühmt vor dem Dichter gefanden sein, als er noch lebte.
„Das ist die Kalendal am Eitergrab“,
pielt der Dreihörgelmann.
Alle Fenster sind geöffnet. Vom Erdgeschoß zum dritten Stock, im Vorder- und im Hintergebäude.
Alle Frauen, Bediende, Dienstmädchen, Kinder, Aretzte, Peniers, Beamte, glühende Greise, Frauen, Schilte, Rumpfen, Mädchen an den Fenstern sichtbar. Elegante Hüftschlechte, Hemdbänder, Seidenblusen, neue Schürzen. Die Geister schauen ernst, traurig, lächelnd. Ruhig und friedlich atemend. Alle sind ein wenig sentimental, der eine mehr, der andere weniger.

in die Höhe, spreizen die Fingerringe und werfen die Beine im Taft.
Die Marzellensei? Dreihörgelmann, lebhofer Dreihörgelmann, Neutrums, was ist ihm das gefahren?
Nun schmunzelt mein Mieter, der Hausmann, und einige Dienstmädchen trällern und ein Schühmacher im Hintergebäude ruft gar: Bravo. Die grauen Augen und die schmalen Lippen der Hoffmannsleute aber, die sich vor einer Minute noch Mühe gaben, zu lächeln, werden wieder hart und nornehm. Der reiche Kaufmann aus der ersten Etage, von dem jedermann behauptet, er sei ein Schieber überster Sorte, wüßt sich den Schweiß von der Stirn; er weiß nicht, soll er lächeln oder entrüstet sein. Der Rittmeister a. D. aber ruft: „Rui Deibel!“ und schmeißt das Fenster zu.
Das Lied ist aus. Ein Druck am kleinen Knopf. Es gibt keine Pause.
Der Dreihörgelmann hat für jedermann etwas auf Lager.
E... ti... ti... ti... ti... ti...
Sei dir im Siegerfranz!
Dreihörgelmann, lebhofer Dreihörgelmann, Neutrums, Sattierer, Gelfätsmann! Alter Halbri!
Die Augen des Mieters werden finster, aber die schmalen Lippen und die grauen Augen der Hoffmannsleute beginnen wieder zu lächeln und mit einem Kniff der Rittmeister a. D. das Fenster und mit kläglichem Schreien ruft er ein Streichholzschächtelchen auf den Hof. Fünf Großden fliegen ihm in die Hand, der Hausmannssohn, und überreicht sie stolz dem Dreihörgelmann.
Und damit alle einen guten Abschied finde und in Liebe an den Leierkastenmann denke, erteilt zum Schluß

„Für kleinen Maßdelein, Hast doch das Können dein...“
Nochmals fliegen einige Wägen. Der Dreihörgelmann steht ab. Ein einträgliches Gelächter. Warum Rosellen freizeiten? Warum bin ich nicht Dreihörgelmann geworden?



Leipzigerstrasse Nr. 88
Fernruf 1224 Ab morgen Fernruf 1224



Monumental-Film aus der Zeit des Verfalls des römischen Kaiserreiches. Unnachahmliche Prachtentfaltung in den einzelnen Bildern.

NERO

Vorführung: 4.00 6.10 8.20 Uhr.

Der grosse, klassische Film mit über 6000 Mitwirkenden in acht glanzvoll inszenierten Akten mit riesenhaften Dekorationen.



Alte Promenade Nr. 11a
Fernruf 5738 Ab morgen Fernruf 5738



Der grösste Sensationsfilm der Gegenwart durch seine aufregenden Szenen auf dem Meeresgrunde. Der Film ist f. die Kinowelt durch seine Unterwasseraufnahmen von besonderem Interesse.

Das einsame Wrack

In den Hauptrollen:
Harry Liedtke und Loo Holl.

Die Tauchszenen wurden von Heinz Carl Heiland mit persönlich unter Wasser Hilfe der schlauchlosen Dräger-Tiefsee-Tauchapparate aufgenommen. — Heinz Carl Heiland steuert sein 100 PS. Rennboot Fusodan.

Vorführung: 4.10 6.20 8.30.

Apollo-Theater.

Heute, den 1. Juli, abends 8 Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung
des **Metropol-Theaters zu Köln.**
Direktion: Carl Bruck. Leiter: Eugen Monson.
Kapellmeister: Dr. Hans Kassebaum.
„Grigi“.
Operette in 3 Akten v. Ballen-Bänders u. F. Chauré.
Musik von Faust Städe.
In den Hauptrollen die hier bestens bekannten Darsteller:
Karl Wackerle, Gertr. Jansohn,
Antoni Malbrück, H. G. Horst,
Antonie Burghard, Georg Herod.
Der Vorverkauf ist eröffnet.

Stadt-Theater

Freitag, den 2. Juli 20.
Anfang 7 1/2 Uhr:
VIII. Konzert
(III. Konzert der Robert Franz-Singakademie)
Die Jahreszeiten
von Joseph Haydn.
Leitung:
Prof. Alfred Rahlwes.
Sonabend: Als ich noch im Flügelkleide.

Chalin-Theater.

Quintett des Stadttheater-Perlonats.
Sonntag, den 4. Juli 1920
abends 7 1/2 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.

Beth's Bunte Bühne

Achtung! Achtung!
Heute ein vollständig
neuer
glänzender Spielplan.
Achtung! Achtung!

Licht & Spiele

Gr. Ulrichstraße 51 Fernruf 4681.
Ab Freitag! Erstaufführung!
Hilde Wolter
Die Sensation der modernen Spielfilme!
Bürger der Leidenschaft
Die Geschichte einer Liebe in 5 Akten.
Vorführung: 4.50 6.50 9.00.
Hierzu:
Kartchen das verlobte Schneiderlein, Lustspiel in 3 Akten.
Heute letzter Tag: Eine Demimonde-Heirat.
Wochenags auf allen Plätzen bis 5 Uhr nachmittags
kleine Preise bei vollem Programm!
Einlaß 3 Uhr. Beginn 4 Uhr. Letzte Vorstellung 8.15 Uhr.

C. W. Trothe,

Gr. Steinstr. 16 Optische Anstalt
Geogr. 1816. Fernspr. 2916.
ZEISS
Punktal Gläser
Verbesserte Augengläser
Ausführ. Beschreibung kostenlos.

Conditorei u. Café Arthur Schimpf

Gr. Steinstr. 36
nach Renovierung am 2. ds. Mts. wieder eröffnet.

R. CH. SCHELLENBERG KUNSTMÖBELEBRIK WERKSTÄTEN

INTIMER WOHNRAUM
Herrenzimmer
Speisezimmer
Clubsessel
in großer Auswahl.
Fernspr. 5939. Rannischestr. 12

MAX BORN

Halle 4/5 Gr. Nicolausstr. 24
Verkauf: Innendekoration
Vorname Dekorationen
Bequeme Postermöbel
Preiswerte Möbel

Scheuertücher

empfehlen V 335/5
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstr. 84.
Bei Hautjucken, Krätze
Drageis-Pestilafte, Dole 5 Stk.
Verjüng. Grüne Kropfete.
Erfurt 112.

Tapeten

in großer Auswahl.
Walter Sommer
Leipzigerstr. 32. Tel. 3362

Batik.

Anfertigung auf alt. und neu. Stoffen, Blusen etc.
Batikmaterial Unterricht
R. Thalmann, Schmeerstr. 15.

Nippon Yusen Kaisha

(Japanische Postdampferlinie).
Frachtdampfer-Dienst.
Regelmässige monatliche Expedition
von **Hamburg direkt**
(ohne Umladung)
nach **Port Said, Colombo, Singapore, Hongkong, Shanghai, Kobe und Yokohama**
und in Durchfracht nach:
Bangkok, Batavia, Canton, Manila, Hankau, Tientsin, Peking, Dalny, Osaka, Tokio
sowie sämtlichen anderen ostasiatischen Plätzen.
D. „DAKAR MARU“ Anfang Juli
D. „TSURUGA MARU“ im August
D. „TUSHIMA MARU“ im September
und weiter 1 mal monatlich.
Güterannahme: Australialk, Schuppen 53. Änderungen vorbehalten.
Näheres wegen Frachtraten bei den Vertretern:
Phs. van Ommeren (Hamburg) G. m. b. H.
Alsterdamm 10 ff.
Telegr.-Adr. „Vanommeren“
Fernspr. Alster 208 u. 216, Markstr. 5011, Vulkan 5074.

Auto-typen Holz-Strich-Druckungen

u. a. m.
Lieferung am schnellsten
sicherlich u.
preiserwartend
Ausschee Müller
Kölle a. S.
Ranigter 27. Fernruf 1965

Aut.-Gef. f. Grundstücke

Verwertung Halle a. S.
Erwerb u. Verkauf von Hausgrundstücken und Bauplätzen für eig. Rechnung u. im Auftrag. Übernahme v. Haus- u. Grundstücke. Vermittlungen, Verkauf v. Hypothekenscheinen. Anfertigung u. Grundbücher. Wert u. Inventar, Lager Grundstücke u. Verrechnung in Grundbüchern. u. Mietangelegenheit. Inverrenten Verrechnung d. Fruchtscheinen. Technisch u. kaufmännische Büro. Zielweg 20 a. I. Telefon 1468.

Zur mündelsicheren Anlage

biele ich die von mir fest übernommenen
4 1/2 % Anleihe des Bremischen Staats v. 1919
zum Vorzugskurse von **98 3/4 %** an
Zinslauf April-Oktober. Sichergestellt durch Gesamtvermögen und Steuerkraft Bremens. Erhältlich in Abschritten von
10000 5000 3000 2000
Sofort in endgültigen Stücken lieferbar.
Tilgung mit 1 1/2 % zuzüglich erwarteter Zinsen vom Jahre 1930 ab.
An den **Berliner u. Bremer Börsen** bereits offiziell notiert
Sonderbedingungen für Banken, Bankiers, Sparkassen, Kreditinstituten, etc.
Otto Markiewicz
Bankgeschäft für Kommunal- und Staatsanleihen
Berlin NW. 7, Unter den Linden 77
Telegr.: Siegmarius. — Fernspr.: Zentrum 925, 9153, 9154, 5085.